

P r o t o k o l l  
über die öffentliche Sitzung  
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft  
der Stadt Georgsmarienhütte vom 15.07.2014  
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173,

**Anwesend:**

Vorsitzender

---

Selige, Dieter

Mitglieder

---

Dälken, Martin  
Daudt, Georg  
Gröne, Christoph  
Grottendieck, Jürgen  
Hebbelmann, Udo  
Jantos, Annette  
Lorenz, Robert  
Rehm, Johannes  
Schmechel, Peter

für Springmeier, Wolfgang  
für Pesch, Karl-Heinz

Verwaltung

---

Pohlmann, Ansgar  
Plogmann, Karl-Heinz  
Belling, Christian

Protokollführer/in

---

Baller, Jutta

Fehlende Mitglieder

---

Lücke, Dagmar  
Pesch, Karl-Heinz  
Springmeier, Wolfgang

Presse

---

Elbers, Wolfgang

Neue Osnabrücker Zeitung

**Beginn:** 18:15 Uhr

**Ende:** 19:30 Uhr

## Tagesordnung

<b>TOP</b>	<b>Betreff</b>
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. 02/2014 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 20.05.2014
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Sitzung AG Aufgabenkritik
4.	Berichtswesen 31.05.2014 - Bericht über die finanzielle Lage der Stadt Vorlage: MV/057/2014
5.	Freigabe von im Haushaltsplan 2014 enthaltenen Maßnahmen der Priorität 2 Vorlage: BV/156/2014
6.	Liquiditätsmanagement in laufenden NLG-Verfahren Vorlage: BV/162/2014
7.	Beantwortung von Anfragen
8.	Anfragen
<b>1.</b>	<b>Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung</b>

Der Ausschussvorsitzende Selige eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Einwohnerinnen und Einwohner sind nicht anwesend.

**2. Genehmigung des Protokolls Nr. 02/2014 über die**

## **öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 20.05.2014**

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

### **Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:**

Das Protokoll Nr. 02/2014 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 20.05.2014 wird genehmigt.

### **3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung**

#### **3.1. Sitzung AG Aufgabenkritik**

Am 03. Juli 2014 hat eine Sitzung der AG Aufgabenkritik stattgefunden. Das Protokoll zu dieser Sitzung ist als Anlage beigefügt.

### **4. Berichtswesen 31.05.2014 - Bericht über die finanzielle Lage der Stadt Vorlage: MV/057/2014**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage wird verwiesen.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, dass im Ergebnishaushalt bei den Allgemeinen Finanzierungsmitteln derzeit eine Verschlechterung in Höhe von 500 T€ zu verzeichnen sei, die insbesondere auf Mindererträge bei der Gewerbesteuer zurückzuführen sei. Ein Großteil dieser Ergebnisverschlechterung könne aus heutiger Sicht durch Verbesserungen in den Fachbereichsbudgets aufgefangen werden, so dass sich derzeit im Ergebnishaushalt insgesamt eine Verschlechterung gegenüber Planansatz in Höhe von 47.000 € ergebe.

Ratsmitglied Jantos trägt vor, der Bericht, der lediglich finanzielle Veränderungen darstelle, sei zur Steuerung nicht geeignet. Um Steuerungsmöglichkeiten zu erhalten sei es zunächst erforderlich, Ziele zu formulieren. Mit diesem Thema sollte sich auch die AG Aufgabenkritik befassen.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt hierzu, die AG Aufgabenkritik habe festgestellt, dass die Steuerung langfristig über die Formulierung von Zielen erfolgen sollte und das Controlling insgesamt ausgeweitet werden sollte. Hierzu müssen jedoch konkrete Vorgaben seitens der Politik gemacht werden, aufgrund derer ein fachliches und personelles Controllingkonzept entwickelt werden könne.

Ratsmitglied Gröne trägt vor, angesichts der prekärer werdenden Finanzsituation sei es erforderlich, sich sowohl bei den Maßnahmen der Priorität 2 als auch bei den bereits freigegebenen Maßnahmen der Priorität 1 einzuschränken. Eine Zielformulierung müsse daher sein, Defizite zu vermeiden.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft nehmen den Bericht zum 31.05.2014 zur Kenntnis.

**5. Freigabe von im Haushaltsplan 2014 enthaltenen  
Maßnahmen der Priorität 2  
Vorlage: BV/156/2014**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage wird verwiesen.

Erster Stadtrat Plogmann stellt die Beratungsergebnisse aus den Fachausschüssen III (10.07.2014) und IV (14.07.2014) bezüglich der Freigabe der Maßnahmen der Priorität 2 vor (sh. Anlage). Im Fachausschuss III sei die Verwaltung aufgefordert worden, die Kosten für die Wiederaufstellung der derzeit eingelagerten Flutlichtanlage am Tennenplatz Harderberg für die Wintersaison zu ermitteln. Die Kosten für die Errichtung (einschließlich Fundamentierung, Verkabelung und Nebenkosten) werden mit 19.000 € für 2 Flutlichtmasten bzw. 28.000 € für 3 Masten angegeben.

Zur Finanzierung des städtischen Eigenanteils für die Sanierung des Kutscherhauses werde vorgeschlagen, die bei der Maßnahme Bühnenentwicklung Waldbühne aufgrund eingeworbener Drittmittel freiwerdenden Mittel in Höhe von 50 T€, die laut Beschlussempfehlung des Fachausschusses IV nicht freigegebenen Mittel für Ersatzmaßnahmen nach dem NNatSchG (51 T€) sowie die mit 20 T€ in Priorität 2 veranschlagten Mittel für eine Neumöblierung der Sitzungssäle (bewegl. Vermögensgegenstände Rathaus) zu verwenden.

Die übrigen Mittel, die lt. Beschlussempfehlung der Fachausschüsse nicht freigegeben wurden, sollten zur Haushaltskonsolidierung eingespart werden.

Ratmitglied Rehm erklärt, er habe kein Verständnis für die Beschlussempfehlung des Fachausschusses III zur Streichung der Mittel für die Rutsche auf dem Schulhof der Freiherr-vom-Stein-Schule. Der Schulhof erfülle die gleiche Funktion wie ein öffentlicher Spielplatz und werde täglich genutzt. Wenn für den Fachbereich IV die Mittel für Kinderspielplätze komplett freigegeben werden, sollte auch das Spielgerät auf dem Schulhof realisiert werden und gegebenenfalls aus diesen Mitteln mitfinanziert werden.

Ratsmitglied Dälken fordert vom Fachbereich IV mehr Informationen, wofür konkret die in Priorität 2 für Kinderspielplätze veranschlagten Mittel in Höhe von 100 T€ freigegeben werden sollen und auch wie die mit 100 T€ bereits freigegebenen Mittel der Priorität 1 verwendet werden.

**Folgende Beschlussempfehlungen werden einstimmig gefasst:**

Die in Priorität 2 veranschlagten 4.000 € für Spielgeräte Schulhof GS werden freigegeben.

Die in Priorität 2 veranschlagten 100.000 € für Kinderspielplätze – Austausch von Spielgeräten- werden freigegeben mit der Maßgabe, dass über die tatsächliche Verwendung der Mittel für Kinderspielplätze nochmals im Fachausschuss IV informiert und beraten wird.

In Anbetracht der eingeworbenen Drittmittel (50.000€) werden für die Maßnahme Bühnenentwicklung Waldbühne von den 100.000 € in Priorität 2 veranschlagten Mitteln 50.000 € freigegeben.

Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende über die Beschlussempfehlung des Fachausschusses IV zur Freigabe der Mittel für eine Kehrmaschine MFH 2500 (135.000 €) abstimmen:

Abstimmung:  
5 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

**Damit wird die Beschlussempfehlung zur Freigabe der Mittel für eine Kehrmachine abgelehnt.**

Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende über die Beschlussempfehlung des Fachausschusses IV zur Freigabe der Mittel für einen Asphaltkocher (25.000 €) abstimmen:

Abstimmung:

6 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

**Damit wird folgende Beschlussempfehlung gefasst:**

Die mit 25.000 € in Priorität 2 veranschlagten 25.000 € für einen Asphaltkocher werden freigegeben.

Zum Thema Einführung Bürgerbus wird von Frau Jantos angemerkt, dass zwar momentan noch kein ausreichendes Personal für einen Bürgerbus zur Verfügung stehe, dass der Ehrenamtslotse aber nach Freigabe der Mittel Werbung für die Angelegenheit betreiben könne und zuversichtlich sei, dann genügend ehrenamtliche Fahrer zu finden.

**Folgende Beschlussempfehlung wird mehrheitlich gefasst:**

Die Freigabe der in Priorität 2 veranschlagten 10.000 € zur Einführung eines Bürgerbusses wird abgelehnt.

Es wird darauf hingewiesen, dass die endgültige Entscheidung über die Freigabe der in Priorität 2 veranschlagten Mittel in der Sitzung des Rates am 30.07.2014 getroffen wird.

## **6. Liquiditätsmanagement in laufenden NLG-Verfahren Vorlage: BV/162/2014**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage wird verwiesen.

Erster Stadtrat Plogmann weist darauf hin, dass der Stadt insbesondere für die bei dem Verfahren Erweiterung Stadtzentrum bestehende Forderung der NLG von über 4,7 Mio. € Sollzinsen entstehen, wohingegen positive Verfahrensstände nicht verzinst werden. Um die Zinslasten so gering wie möglich zu halten werde vorgeschlagen, ein Liquiditätsmanagement vorzunehmen, wobei insbesondere positive Verfahrensstände auf Verfahren mit negativen Ständen übertragen werden sollen.

Ratsmitglied Jantos erklärt, ihr fehle in der Aufstellung das bei der NLG bestehende Sonderkonto, das ebenfalls in das Liquiditätsmanagement einbezogen werden sollte.

Zum Verfahren Erweiterung Stadtzentrum fragt sie an, warum der Bereich der ehemaligen Spedition Dälken hier gebucht worden sei, obwohl dies so nicht beschlossen gewesen sei. Da dies nach Mitteilung im Fachausschuss IV der Verwaltung nicht bekannt gewesen sei, fordere sie hierzu eine kurzfristige schriftliche Erklärung der NLG. Insgesamt brauche man eine vernünftige Kontrolle aller Verfahren, bei der auch überprüft werden müsse, wieviel Zinsen und Verwaltungsgebühren jeweils berechnet wurden. Zur Vermeidung hoher Zinsen hätte längst eine Bürgschaft vorgelegt werden können. Es müsse für alle Verfahren überprüft werden, wo eine Bürgschaft Sinn mache und wo nicht.

Erster Stadtrat Plogmann erklärt, dass die Verwaltung dabei sei, die Verfahren aufzuarbeiten und zu prüfen, welche Verfahren abgerechnet und beendet werden können. Im Moment gehe es darum, Umbuchungen zwischen positiven und negativen Verfahrensständen vornehmen zu können, um Zinseinsparungen zu erzielen. Ob die Voraussetzungen vorliegen, auch das Sonderkonto der NLG in das Liquiditätsmanagement einzubeziehen, müsse mit der NLG noch geklärt werden.

Ratsmitglied Rehm fragt an, ob in der im Verfahren Rittergut Osthoff ausgewiesenen Verbindlichkeit der NLG in Höhe von rd. 1,3 Mio. € die bestehenden Kompensationspunkte (Werteinheiten) berücksichtigt seien und bittet um Klärung, um welche Summe es sich hierbei handelt.

Ratsmitglied Lorenz trägt vor, die NLG berechne für An- und Verkäufe 4 % Gebühren und berechne zusätzlich noch Marketingkosten u.a. Dies sei seiner Ansicht nach unzulässig. Ein Liquiditätsmanagement werde von ihm grundsätzlich befürwortet. Bei dem schwebend unwirksamen Verfahren Erweiterung Stadtzentrum müsse jedoch bei Umbuchungen beachtet werden, dass dies juristisch als Anerkennung ausgelegt werden könnte, vor der er ausdrücklich warne.

Im Ausschuss IV am 14.07.2014 war noch darauf hingewiesen worden, dass die Datenblätter für die einzelnen Verfahren im Finanzausschuss am 29.07.2014 vorgelegt würden. Vor dem Hintergrund der jetzt zusätzlich gewünschten Informationen und dem notwendigen Abstimmungsbedarf mit der NLG ist eine umfassende Aufbereitung der Datenblätter zu diesem Termin nicht möglich. Auf Vorschlag von Erster Stadtrat Plogmann einigt sich der Ausschuss deshalb darauf, dieses Thema nicht am 29.07.2014 sondern im Rahmen einer noch festzulegenden Sondersitzung zu behandeln. Zu dieser Sitzung soll auch die NLG eingeladen werden, um gezielt auf Fragen der Ausschussmitglieder antworten zu können. Da in diesem Rahmen sicherlich auch das Geschäftsmodell der NLG diskutiert wird, spricht sich der Ausschuss für eine nichtöffentliche Sitzung aus.

Ratsmitglied Hebbelmann erklärt, bei der Untersuchung der bisherigen Verfahrensweise stelle sich ihm die Frage der Sinnhaftigkeit. Seiner Ansicht nach müsse vielmehr nach vorne überlegt werden und geregelt werden, in welcher Form ein Erschließungsträger Kosten auslösen dürfe, die später von der Stadt zu tragen seien. Ziel müsse es sein, aus den NLG-Verträgen herauszukommen und ein eigenes Liquiditätsmanagement aufzubauen.

Ratsmitglied Jantos bittet um Klärung, welcher Vertrag für das Verfahren ehemalige Spedition Dälken wirksam sei und seit wann dieser Vertrag gelte. Seinerzeit seien zwei Vertragsversionen vorgelegt worden; dabei habe eine Version den Passus enthalten, dass der Vertrag erst nach Vorlage einer Bürgschaft wirksam werde, so dass sich die Frage stelle, ob hier eventuell ein schwebend unwirksamer Vertrag vorliege.

#### **Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:**

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der NLG ein Liquiditätsmanagement für aktuell laufende Verfahren vorzunehmen mit dem Ziel, die Zinslasten so gering wie möglich zu halten. Dies bedeutet insbesondere, dass positive Verfahrensstände auf Verfahren mit negativen Verfahrensständen übertragen werden können. In das Liquiditätsmanagement soll auch das bei der NLG bestehende Sonderkonto einbezogen werden.

Außerdem sollen die Grundsatzfragen in einer Sondersitzung mit der NLG nichtöffentlich erörtert werden.

**7. Beantwortung von Anfragen**

Zu beantwortende Anfragen liegen nicht vor.

**8. Anfragen**

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Selige  
Vorsitz

Plogmann  
Erster Stadtrat

Baller  
Protokollführung